

# Leistung und Gegenleistung

von

Heiner Flassbeck

WuM, September 2001

Der Vorsitzende der FDP, Guido Westerwelle, hat jüngst bei einem Interview zum wirtschaftspolitischen Grundsatzprogramm seiner Partei einen bemerkenswerten Satz gesagt: Keine Leistung des Staates sollte gegeben werden ohne die Bereitschaft zu einer Gegenleistung des Einzelnen. Offenbar meinte er dabei nur die sozialen Leistungen des Staates. Wer sich z. B. einer ihm angebotenen gemeinnützigen Tätigkeit verweigere, so Westerwelle, müsse durch Leistungskürzungen bestraft oder zur "Meinungsänderung gezwungen werden" (Financial Times Deutschland vom 2. 8. 2001). Einmal abgesehen von dem Problem, ob das Erzwingen von Meinungsänderungen durch den Staat als liberale Politik angesehen werden kann, fragt sich, ob Herr Westerwelle bereit ist, diesen Satz auch auf andere Leistungen des Staates zu beziehen.

Erstaunlicherweise fordert die FDP nämlich in gleichem Atemzug eine massive Einkommensenkung von 300 Mrd. Euro, die sich zudem dadurch auszeichnet, daß der progressive Steuertarif, der die Leistungsfähigeren in der Gesellschaft höher belastet als die Verdienner geringerer Einkommen, ganz abgeschafft wird. Das kann doch bei konsequenter Anwendung des Satzes von Leistung und Gegenleistung nur heißen, daß die Wohlhabenderen in der deutschen Gesellschaft nicht mehr bereit sind, die Leistungen, die ihnen der Staat bisher aus Steuermitteln finanziert zur Verfügung stellt, in gleichem Maße wie bisher zu finanzieren. Folglich muß auch der Staat seine Gegenleistungen konsequent einschränken. Als erstes muß sicher die staatliche Unterstützung für die Bildung fallen. Schulen und Universitäten werden vollständig privatisiert. Eine gute private Schule in Genf kostet pro Kind 20 000 Schweizer Franken im Jahr, ein Platz an einer mittleren amerikanischen Privatuniversität sicher ebenso viele US-Dollars.

Theater und Museen erhalten selbstverständlich keine Subventionen mehr, was bei jedem Theaterbesuch mit dem drei- bis fünffachen des jetzigen Preises zu Buche schlägt. Weitgehend abgeschafft wird der vom Staat bisher übernommene Schutz der Bürger gegen Übergriffe von denen, die nicht bereit sind, den Hunger, mit dem Herr Westerwelle sie zur "Meinungsänderung" zwingen will, still zu ertragen. Ihre Sicherheit privat zu organisieren, wird sehr teuer für die Wohlhabenden, weil die Zahl derer, die fast überall draußen vor der Tür bleiben müssen, nach der liberalen Steuerreform, sprunghaft ansteigt. Selbst die nationale Grenzsicherung und die Armee muß privat finanziert werden, um die vielen ganz Armen aus der Dritten Welt zu hindern, mit den reichen Armen der Industrieländer in Konkurrenz zu treten und die Kosten für die innere Sicherheit weiter in die Höhe zu treiben.

In dieser schönen neuen Welt der neuen Liberalen zahlt man zwar fast keine Steuern mehr, aber man muß für alles, was bisher das Leben in den meisten Industrieländern erträglich gemacht hat, mit hoher Konsequenz und individuell bezahlen. Geringere Leistung an den Staat heißt eben auch geringere Gegenleistung des Staates. Mangelnde Bereitschaft zu relativ höherer Leistung der Leistungsfähigen an den Staat, kann nur heißen, massiver Abbau solcher staatlichen Leistungen, die vor allem den Wohlhabenden zugute kommen.

Was Westerwelle offenbar überhaupt nicht versteht: Die hohen sozialen Leistungen des Staates an diejenigen, die nicht in der Lage oder auch nicht bereit sind, in die Oberschicht aufzusteigen, sind der entscheidende Beitrag des Staates zur Befriedung einer Gesellschaft, die auch beim alten Steuersystem durch enorme Einkommens- und Vermögensunterschiede gekennzeichnet ist. Muß dieser Beitrag massiv verringert werden, weil die Wohlhabenden nicht mehr bereit sind, dafür Steuern zu bezahlen, haben sie aus ihrer eigenen Sicht kein Problem gelöst, sondern nur viele neue geschaffen.

Wer prinzipiell die Logik des Wolfsrudels will, muß sich ihr auch tagtäglich stellen wollen. In Brasilien müssen sich viele Superreiche Hubschrauber anschaffen, um ihre Kinder zur Schule bringen zu können, weil der Weg über Straßen selbst in gepanzerten Limousinen zu gefährlich ist. In den USA müssen sich die Reichen an vielen Orten Gettos mit eigenen Bewachern bauen, um in Ruhe ihren Reichtum genießen zu können. An anderen von den Wohlhabenden bevorzugten Plätzen gibt es unsichtbare, aber wirkungsvoll über die Preise der verfügbaren Güter gezogene Grenzen, die die Armen daran hindern, den Reichtum der Nation an von der Natur gegebenen Schätzen zu genießen.

Die Erfahrungen nach dem zweiten Weltkrieg zeigen aber, daß extreme Formen der Ungleichheit wirtschaftlich keineswegs besonders erfolgreich oder auch nur kostengünstig für die Wohlhabenden sind, von der Frage nach der Lebensqualität in einer solchen Gesellschaft ganz zu schweigen. Südamerika, wo die Ungleichheit am ausgeprägtesten ist, ist beim Wachstum weit zurückgefallen gegenüber weit weniger "ungleichen" Gesellschaften. Auch die USA haben in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ihren Vorsprung gegenüber vielen "egalitären" Modellen eingebüßt. Zu einer Marktwirtschaft gehört natürlich eine gewisse Ungleichheit bei der Verteilung der Vermögen und der Einkommen. Nur wieviel Ungleichheit es sein muß, ist eine weitgehend offene Frage. Die meisten gründlichen Untersuchungen zeigen, daß Gesellschaften mit einem relativ hohen Grad an Umverteilung durch den Staat und einer systematischen Integration der Randgruppen viel erfolgreicher sind als sogenannte "reine" Marktwirtschaften.

An dieser Stelle kommen die Liberalen immer wieder mit der alten Floskel von der Neidgeellschaft. Doch um den Neid als solchen geht es gar nicht. Die Tatsache, daß Neid, extreme Armut oder Hilflosigkeit in Gleichgültigkeit oder gar Haß gegenüber den Werten einer zivilisierten Gesellschaft umschlagen kann, ist das zentrale Problem. Wer an den Staat dafür zahlt, daß das nicht geschieht, erhält eine kaum zu überschätzende Gegenleistung.